Südkorea: Parlament stimmt für Amtsenthebung des Präsidenten

Südkoreas Parlament hat Präsident Yoon Suk Yeol wegen seines martialischen Gesetzes versucht, zu missbilligen. Dies führt zu politischer Ungewissheit und Protesten im Land. Erfahren Sie mehr über die Entwicklungen.

Seoul, Südkorea – Das Parlament Südkoreas hat am Samstag den Präsidenten Yoon Suk Yeol im Rahmen eines außergewöhnlichen Verfahrens des Amtsenthebungsverfahrens abgesetzt. Diese Entscheidung kam überraschend, nachdem sich seine eigene Regierungspartei gegen ihn gewandt hatte, da er sich weigerte, nach einem gescheiterten Versuch, das Kriegsrecht auszurufen, zurückzutreten. Dies ist bereits das zweite Mal innerhalb von weniger als einem Jahrzehnt, dass ein südkoreanischer Präsident mit einem Amtsenthebungsverfahren konfrontiert ist.

Vorläufige Aussetzung der Amtsbefugnisse

Yoon ist bis zur endgültigen Entscheidung des Verfassungsgerichts des Landes von der Ausübung seiner Amtsbefugnisse suspendiert. Nach der Abstimmung, die unter den Demonstranten vor dem Parlament Jubel auslöste, gab Yoon zu, dass er „vorläufig stoppen“ werde, dass seine Reise in die Zukunft, die er in den letzten zwei Jahren mit dem Volk unternommen hat, jedoch nicht enden sollte. „Ich werde nicht aufgeben,“ erklärte er in einer Mitteilung des Präsidialamtes.

Reaktion der Politiker und der Öffentlichkeit

Der südkoreanische Premierminister Han Duck-soo, der gemäß südkoreanischem Gesetz als amtierender Präsident fungieren wird, erklärte gegenüber Reportern, er werde „alle meine Kraft und Mühe der stabilen Durchführung der Staatsangelegenheiten widmen.“ Kang Sun-woo, ein Abgeordneter der Demokratischen Partei, äußerte gegenüber CNN, dass die „große Demokratie Südkoreas überleben und neu geboren werden“ werde.

Der politische Showdown

Die dramatische Entscheidung zeigt den Höhepunkt eines tiefen politischen Showdowns, nachdem Yoon am 3. Dezember kurzzeitig das Kriegsrecht ausgerufen und Soldaten ins Parlament geschickt hatte. Die Abgeordneten kämpften gegen die Truppen, um das Gebäude zu betreten und den Erlass abzulehnen. Yoons riskante Wette schlug fehl, was viele in der lebendigen asiatischen Demokratie dazu veranlasste, seinen Rücktritt zu fordern.

Protest und Unterstützung

Am Samstag versammelten sich Tausende von Demonstranten in Seoul und forderten Yoons Rücktritt. „Er hat sicher einen Krieg gegen die Bürger versucht, das ist das, was er verdient hat,“ sagte ein Demonstrant nach der Abstimmung vor dem Nationalversammlung. Andere riefen „Die Demokratie ist zurück!“ Währenddessen versammelten sich Zehntausende von Yoon-Anhängern in der Innenstadt von Seoul und schwenkten US- und südkoreanische Flaggen.

Warten auf das Verfassungsgericht

Yoon, der sofort seiner Amtsbefugnisse enthoben wurde, wartet nun auf ein Urteil des Verfassungsgerichts – eines der höchsten Gerichte des Landes, dessen Entscheidungszeitraum bis zu sechs Monate dauern kann. Der amtierende Präsident Han Duck-soo steht ebenfalls unter Druck, da er wegen seiner Rolle beim

Kriegsrecht untersucht wird, was die politische Unsicherheit in den kommenden Wochen verstärkt.

Pressefreiheit in Gefahr?

In den zwei Jahren seiner Amtszeit sah sich Yoon mit niedrigen Zustimmungswerten und politischen Skandalen, insbesondere im Zusammenhang mit seiner Frau und politischen Ernennungen, konfrontiert. Seine Regierung versuchte, das, was er als „Fake News“ bezeichnete, zu bekämpfen, indem sie mehrere Medienhäuser durchsuchen ließ.

Schockierende Vorwürfe

In seiner Mitteilung zur Ausrufung des Kriegsrechts beschuldigte Yoon die Opposition, „staatsfeindliche“ Aktivitäten zu unterstützen und mit Nordkorea unter einer Decke zu stecken, ohne dafür Beweise vorzulegen – eine Anschuldigung, die seine Gegner vehement zurückwiesen. Er stellte seine Maßnahme als einzigen Weg dar, um die politische Blockade im Parlament zu durchbrechen.

Politische Ermittlungen und Unsicherheiten

Seitdem ist der Druck auf den Präsidenten gewachsen, während Polizei, Parlament und Staatsanwälte separate Ermittlungen gegen Yoon wegen Hochverrats eingeleitet haben. Am Dienstag genehmigte der Gesetzgeber einen Sonderermittler, um zu untersuchen, ob Yoon einen Aufstand begangen und seine Macht durch die Ausrufung des Kriegsrechts missbraucht hat. Am folgenden Tag durchsuchte die südkoreanische Polizei das Präsidialamt.

Fazit

Südkorea, eine der wichtigsten Volkswirtschaften Ostasiens und ein wesentlicher regionaler Verbündeter der USA, sieht sich nun

Monaten politischer Unsicherheit gegenüber. Dies alles erinnert an die letzten Amtsenthebungsverfahren von Präsident Park Geun-hye, die schließlich wegen Korruptionsvorwürfen ihres Amtes enthoben wurde.

Details

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at